

## Gegen formales Wiederholen von zentralen Beschlüssen

(Erfahrungen aus den Parteiorganisationen des VEG Greven und der MTS Passow)

Unsere Partei legt großen Wert darauf, daß die Mitgliederversammlungen in ihrem Inhalt besser werden und sich immer mehr zu dem schöpferischen Organ der Grundorganisation entwickeln, von dem neue Impulse für die Arbeit ausgehen. Die Mitgliederversammlungen sollen Maßnahmen zur Durchführung der Parteibeschlüsse beraten und beschließen, die von allen Mitgliedern der Grundorganisation als einheitliches, geschlossenes Kollektiv verwirklicht werden.

Die Erfahrung lehrt, daß eine hohe Aktivität und Anteilnahme der Mitglieder an der Lösung der Aufgaben erreicht wird, wenn es die Leitung versteht, die für die Grundorganisation wichtigen und brennenden Fragen, die auf den zentralen Beschlüssen der Partei beruhen, auf die Tagesordnung zu setzen. Damit lernen die Parteimitglieder die Parteibeschlüsse gründlich kennen und werden dazu angeregt, sich selbst über die Aufgaben Gedanken zu machen, die ihnen aus diesen Beschlüssen erwachsen.

Es nützt niemandem, wenn diese Beschlüsse in jeder Versammlung, angefangen vom Bezirk bis zur Grundorganisation, rein formal in ihrem Wortlaut wiederholt werden. Sie sollen vielmehr Ausgangspunkt für neue Aufgaben sein, solcher Aufgaben, mit denen schließlich der Beschluß ins Leben umgesetzt wird. — So, wie es z. B. die Parteiorganisation des Volkseigenen Gutes Greven angepackt hat.

Die Belegschaft dieses volkseigenen Gutes arbeitete 1954 mit einem Staatszuschuß von 610 000 DM. Die Grundorganisation erreichte durch ihre politische Arbeit, daß dieser Staatszuschuß 1955 auf 30 000 DM gesenkt werden konnte! Dieses Resultat befriedigte jedoch die Genossen der Grundorganisation, vor allem den Parteisekretär, keinesfalls. Sie studierten den Beschluß des 25. Plenums sehr eingehend. Welche Aufgaben stellte das 25. Plenum des ZK für die volkseigenen Güter? Es forderte, „die Volksgüter organisatorisch und ökonomisch weiter zu festigen, insbesondere die Selbstkosten der Produktion zu senken, die Erzeugung für den Markt zu erhöhen und die Rentabilität der Volksgüter zu sichern“. Daraus zogen die Genossen die für sie notwendigen Schlußfolgerungen, so daß sie mit der Losung „Weg mit den Staatszuschüssen“ in die Berichtswahlversammlung der Grundorganisation gingen.

Die Rentabilität des Betriebes erreichen! Diese Hauptaufgabe wurde in der Mitgliederversammlung beraten. Mit großer Gründlichkeit sprachen die Parteimitglieder zu den Beschlüssen des 25. Plenums und diskutierten darüber, wie sie den Schlendrian beseitigen und zu einer guten Arbeitsmoral und Arbeitsorganisation kommen können.

Diese Mitgliederversammlung stand auf einem hohen Niveau, zeichnete sich durch die Gründlichkeit aus, mit der die Genossen beratschlagten, und durch einen kämpferischen Geist der Diskussion. Über die Arbeitsweise im volkseigenen Gut gab es scharfe Auseinandersetzungen. Die Mitglieder verlangten auch von der Leitung, ihre Arbeit zu verbessern.

Den Parteimitgliedern war klar, daß die Frage der Rentabilität nur gelöst werden kann, wenn sie die ganze Belegschaft für diese Aufgabe begeistern. Daher wurde der Beschluß gefaßt, in kurzer Zeit die erste ökonomische Konferenz des volkseigenen Gutes durchzuführen. Die Parteileitung wurde von der Mitglieder-